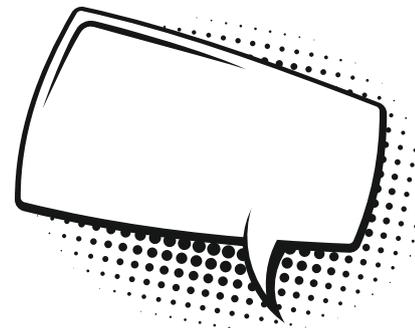


**PARLAMENTARISCHE REGIERUNG -  
AUSSERPARLAMENTARISCHE  
OPPOSITION?**

PARLAMENT UND  
PROTEST IN DER  
DEMOKRATIEGESCHICHTE

JAHRESTAGUNG **2023**



28.-29. September 2023 | Historisches Museum, Frankfurt am Main

# Grußwort | Bernd Heidenreich

Stadt Frankfurt am Main

## „Unsere Demokratie und unser Rechtsstaat stehen noch heute auf den Schultern der Paulskirche.“

Für den Oberbürgermeister und den Magistrat heiße ich sie alle in Frankfurt am Main herzlich willkommen und überbringe Ihnen alle guten Wünsche für den Verlauf und die Ergebnisse Ihrer Tagung.

Frankfurt am Main ist der rechte Ort für eine Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“. Seit Mai diesen Jahres bilden die Städte Frankfurt, Weimar und Bonn auf Initiative der „Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte“ das Netzwerk Verfassungsstädte. Vor allem aber stand in Frankfurt die Wiege unserer Demokratie.

In der Paulskirche trat 1848 das erste frei gewählte Parlament zusammen. Hier wurde die erste deutsche Verfassung diskutiert und 1849 verabschiedet. Wer die Grundrechtskataloge der Paulskirche und des Bonner Grundgesetzes miteinander vergleicht, wird Übereinstimmungen bis in den Wortlaut finden. Unsere Demokratie und unser Rechtsstaat stehen noch heute auf den Schultern der Paulskirche. Die Paulskirche ist und bleibt auch künftig ein Erinnerungs- und Gedenkort an das erste deutsche Parlament, den Zivilisationsbruch durch den Nationalsozialismus, den demokratischen Neubeginn nach 1945 und die deutsche und europäische Freiheitsgeschichte von 1848 bis zur Friedlichen Revolution des Jahres 1989/90.

Vor wenigen Wochen haben wir in Frankfurt das 175. Jubiläum der Paulskirchenversammlung mit einem eindrucksvollen Festakt und einem fröhlichen Bürgerfest gefeiert. Gemeinsam mit dem Histori-



**Stadtrat Bernd Heidenreich in der Paulskirche**

Foto: privat (B. Heidenreich)

schen Museum und dem Institut für Stadtgeschichte haben wir dabei an die Wurzeln unserer demokratischen Kultur erinnert.

Die Stadt Frankfurt ist entschlossen, den Ausbau des Erinnerungsortes Paulskirche weiter voranzutreiben. Das gilt nicht nur für eine

neue Präsentation und bürgernahe Nutzung des historischen Gebäudes der Paulskirche. Wir wollen vielmehr auch ihr geschichtliches Erbe und ihr Potential für die Demokratie der Gegenwart aktivieren. Deshalb werben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung für ein „Haus der Demokratie“ als modernes Demokratiezentrum in der Trägerschaft von Stadt, Land und Bund. Dort sollen sich die Darstellung und Präsentation unserer Demokratiegeschichte mit historisch-politischer Bildungsarbeit verbinden. Seine inhaltliche Planung und städtebauliche Umsetzung gilt es jetzt in Angriff zu nehmen. Grundlage ist das von einer Expertenkommission im Frühjahr 2023 vorgestellte Gutachten zur Zukunft der Paulskirche und zum Profil eines solchen „Hauses der Demokratie“.

Es bestätigt die bereits 2019 und 2020 von der Frankfurter Kommunalpolitik dazu parteiübergreifend entwickelten Ideen und Vorstellungen und differenziert sie weiter aus.

Auf der Grundlage des Zustandes der Nachkriegszeit und der Ideen der Architektengemeinschaft um Rudolf Schwarz können jetzt die Sanierung des Gebäudes, die Pläne für eine Umgestaltung des Plenarsaals und eine historische Präsentation in der Wandelhalle weiterverfolgt und die Gespräche darüber mit Bund und Land geführt werden.

Die inhaltliche Ausrichtung eines „Hauses der Demokratie“ und sein künftiger Standort bestimmen derzeit die kommunalpolitische Debatte in Frankfurt.



### *Ein Labor für politische Praxis*

Die Expertenkommission plädiert für eine Begegnungsstätte und ein Forum der Kommunikation über die aktuellen Herausforderungen unserer Demokratie als „Labor für politische Praxis“, aber auch für ei-

nen Raum, in dem Demokratiegeschichte in historischen Kontexten auf immerhin 750 qm museal präsentiert und vermittelt werden soll. Diese Vorschläge gilt es jetzt zu konkretisieren. Am umstrittensten ist dabei der künftige Standort, für den derzeit mehrere Alternativen geprüft werden.

Es besteht dabei parteiübergreifender Konsens, dass diese Frage nicht am grünen Tisch oder hinter verschlossenen Türen entschieden werden kann, sondern nur unter Beteiligung aller Frankfurterinnen und Frankfurter. Alles andere wäre bei einem „Haus der Demokratie“ auch unglaublich. Denn wer in politischen Reden immer wieder Teilhabe und Partizipation fordert, muss solchen Worten auch Taten folgen lassen.

„Parlamentarische Regierung – Außerparlamentarische Opposition? Parlament und Protest in der Demokratiegeschichte.“ So lautet das Thema dieser Tagung. Auch die damit aufgerufene Thematik passt gut zu unserer Stadt. Frankfurt am Main stand immer für einen umfassenden Begriff der Demokratie, der neben den unterschiedlichen Formen der repräsentativen Demokratie auch bürgerschaftliches Engagement, kontroverse Debatten und soziale Protestbewegungen umfasst. Nichts macht das deutlicher als der Verlauf der Revolution von 1848/49 in Frankfurt am Main.

So wurden der Aufstand vom 18. September 1848, an dessen 175. Jahrestag wir in diesen Tagen erinnert haben, die Straßenkämpfe mit mehr als 50 Toten und die Ermordung zweier liberal-konservativer Abgeordneter zu einem Wendepunkt der Revolution. Ob zum Guten oder Schlechten, wäre allerdings angesichts der damit verbundenen Gewaltexzesse kontrovers zu diskutieren. Immerhin formulierten die Paulskirchenabgeordneten vor dem Hintergrund dieser Ereignisse die „Grundrechte des deutschen Volkes“ und verabschiedeten die Reichsverfassung. Die Interaktion zwischen parlamentarischer Regierung und außerparlamentarischer Opposition, aber auch ihre Problematik wird darin jedenfalls sichtbar.

Das Institut für Stadtgeschichte im Karmeliterkloster Frankfurt hat diesen Vorgängen unter dem Titel „Auf die Barrikaden“ eine viel beachtete Ausstellung gewidmet, die diese „Frankfurter Revolution“ erstmals in ihren Zusammenhängen präsentiert und wegweisend bleiben wird. Bis in die Gegenwart steht Frankfurt aber auch in der Tradition der Frankfurter Schule und der Studentenbewegung für eine lebendige demokratische Diskussionskultur, in der politische Kontroversen häufig stellvertretend für die Republik ausgetragen werden. Hinzu kommt ein ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement, das sich in einer vielfältigen Stiftungslandschaft spiegelt.



*Demokratie ist aber mehr als eine  
Stimmungsdemokratie,  
in der gefühlte Mehrheiten entscheiden.*

Demokratie wird deshalb gerade in Frankfurt nicht nur in ihren Institutionen wahrgenommen, sondern immer auch als Lebensform. Gleichwohl möchte ich eine Lanze für die parlamentarische Demokratie brechen. Denn gerade diese steht weltweit unter Druck. Das gilt nicht nur für populistische Regime, die in Europa – etwa in Polen oder Ungarn – auf dem Vormarsch sind. Das gilt auch für die Vereinigten Staaten, wo der Sturm einer aufgehetzten Volksmenge auf das Kapitol zu einer Verfassungskrise geführt hat.

Auch bei uns wird die Verbindlichkeit parlamentarischer Entscheidungen und die Legitimität unserer demokratischen Institutionen zunehmend infrage gestellt. Sei es von rechts durch die Hetze der AFD gegen das sogenannte „System“ oder durch den fehlgeleiteten Idealismus junger Klimaaktivisten der angeblich „letzten“ Generation, die ihre Moral absolut setzen und sie im Namen des vermeintlich Guten über parlamentarische Mehrheiten und über das Gesetz stellen.

Demokratie ist aber mehr als eine Stimmungsdemokratie, in der gefühlte Mehrheiten entscheiden. Sie ist eben kein „Wimmelbild“ – wie unlängst in der Debatte um die Paulskirche behauptet – aus der sich jeder das ihm gerade Genehme oder zu seiner Privatmoral Passende herausuchen kann. Sie funktioniert nach Spielregeln, sie braucht verlässliche Strukturen und sie lebt von der Akzeptanz von Institutionen, die unsere Freiheit garantieren.

Im Zentrum dieser Institutionen aber steht das Parlament. Nicht zufällig heißt es in Artikel 65 der Hessischen Verfassung:

„Hessen ist eine demokratische und parlamentarische Republik.“

Sicherlich mag es zu dieser These auch Widerspruch geben. Aber wo könnte man solche Themen besser diskutieren als in Frankfurt am Main, der Kinderstube des deutschen Parlamentarismus, in der unsere Demokratie das Laufen lernte?

So heiße ich Sie in Frankfurt am Main noch einmal herzlich willkommen und wünsche Ihrer Tagung spannende Diskussionen und gute Ergebnisse.

**Stadtrat Dr. Bernd Heidenreich ist seit 2009 Mitglied des Magistrats der Stadt Frankfurt. Von 2003 bis 2017 war er Direktor der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung.**

Parlament und Protest in der Demokratiegeschichte  
Hybride Jahrestagung 2023, 28.29. September 2023, Historisches Museum Frankfurt a.M.

SprecherInnenrat der AG Orte der Demokratiegeschichte (Hrsg.)

Redaktion: Markus Lang

© Gesellschaft zur Erforschung der

Demokratie-Geschichte e.V.

Weimar 2023

Umschlaggestaltung: id | Agentur für Kommunikation

Druck und Bindung: Druckerei Schöpfel, Weimar

ISBN 978-3-949903-10-6